



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 6/10/2017

NACHLESE ZUR BUNDESTAGSWAHL: DER AUFSTAND DER VERLASSENEN MÜNDEL

von THOMAS MAYER

- Der liberale Rechtsstaat mündiger Bürger hat seinen Bewohnern zu vorher nie gekanntem Wohlstand verholfen. Doch der liberale Rechtsstaat kann das Herz nicht wärmen wie der behütende Wohlfahrtsstaat, der sich um seine Angehörigen sorgt wie die Vormundschaftsgewalt um ihre Mündel.
- In zwei Legislaturperioden haben „große Koalitionen“ von CDU/CSU und SPD im Verein mit gleichgesinnten Oppositionsparteien den behütenden Wohlfahrtsstaat im Bewusstsein vieler Bürger noch tiefer verankert. Doch sie haben ihre Mündel tief ins Herz getroffen, als sie ihnen Zuwanderer aus fremden Kulturen vorzogen.
- Mittelfristig könnte ein links-grün-sozialistisches Bündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei die verlassenen Mündel mit dem sie behütenden Wohlfahrtsstaat wieder versöhnen. Der dadurch ausgelöste wirtschaftliche Niedergang könnte dem Liberalismus ein viertes Mal die Tür öffnen—oder für immer verschließen.

Nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ Ende der 1980er Jahre schien der Sieg der liberalen Wirtschaftsordnung und der sie begründenden liberalen Gesellschaftsordnung gesichert. Im Jahr 1989 rief daher der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das Ende der Geschichte aus.¹ Heute kann davon keine Rede mehr sein. Nach der Großen Finanzkrise von 2007-08 schafften es die politischen und

wirtschaftlichen Eliten zwar noch einmal, das Heft in der Hand zu behalten, indem sie ihren Wählern eine sanfte wirtschaftliche Landung versprachen. Barack Obama, Angela Merkel, Francois Hollande und David Cameron schienen dafür die besten Garanten. Doch die Völkerwanderung von 2015 entzauberte die Schutzpatrone. Die Briten stimmten für Brexit, die Amerikaner wählten Donald Trump und die Franzosen stärkten Marine Le Pen und Jean-Luc Melenchon den Rücken. In Deutschland gaben 21,8 Prozent der Wähler bei der jüngsten Bundestagswahl ihre Stimmen für rechts- und links-populistische Parteien.

¹ *“What we may be witnessing is not just the end of the Cold War, or the passing of a particular period of post-war history, but the end of history as such: that is, the end point of mankind's ideological evolution and the universalization of Western liberal democracy as the final form of human government.”* (Francis Fukuyama, *“The End of History?”*. The National Interest 1989 (16), S.3–18.



Die Protestwähler werfen dem Wohlfahrtsstaat, von dem sie Schutz erwarten, den Flirt mit der liberalen Wirtschaftsordnung vor. Diese sehen sie als ihren Feind und attackieren sie von zwei Seiten her. Auf der politischen Linken wird die liberale Wirtschaftsordnung für die Finanzkrise, eine angeblich „ungerechte“ Verteilung von Einkommen und Vermögen und den Raubbau an der „Umwelt“ verantwortlich gemacht. Auf der politischen Rechten wird die liberale Wirtschaftsordnung als Bedrohung für nationale Identität und Wohlstand durch fremde Mächte gesehen. Angesichts der enormen Leistungen der liberalen Wirtschaftsordnung sind diese Anfeindungen auf den ersten Blick befremdlich. Doch dafür gibt es einen Grund: Das emotionale Verlangen nach Geborgenheit und menschlicher Nähe, das die liberale Wirtschaftsordnung nicht befriedigen kann. Dieses Verlangen schuf den behütenden Wohlfahrtsstaat. Doch der hat seine Mündel enttäuscht.

Zweck dieses Aufsatzes ist es, die Prinzipien der liberalen Gesellschaftsordnung und die Erfolge der in ihr verankerten liberalen Wirtschaftsordnung darzustellen und die Erosion dieser Prinzipien durch konstruktivistische und opportunistische Politik, die an menschliche Instinkte statt an den Intellekt appelliert, zu verdeutlichen.

Die liberale Gesellschaft und ihre Wirtschaftsordnung

Die liberale Wirtschaftsordnung verdankt ihre Entstehung der Entwicklung des liberalen Rechtsstaats. Dieser stellt höchste Ansprüche an die Mündigkeit einer Gesellschaft. Sie muss sich darauf einigen können, dass die Freiheit des Einzelnen über der Durchsetzung der von einer Mehrheit in der Gesellschaft verfolgten Ziele steht, auch wenn diese Mehrheit demokratisch legitimiert ist. Freiheit ist definiert als die Abwesenheit der Ausübung von Zwang des Einen über den Anderen. Laut Friedrich von Hayek

kann sich die offene Gesellschaft selbst keine Ziele setzen, sondern muss Regeln entwickeln, welche dem Einzelnen die größtmögliche Freiheit zur Entfaltung seiner Fähigkeiten geben.² Regeln setzen der Freiheit des Einen nur dort Grenzen, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Regeln setzen auch einer demokratisch gewählten Regierung Grenzen. Ohne diese Beschränkung würde der Unterschied zwischen der Demokratie und der Diktatur nur darin bestehen, dass in der Demokratie die Mehrheit statt einer Minderheit totale Macht ausübt. Deshalb kann der liberale Rechtsstaat niemals seinen Bürgern von den Regierenden oder einflussreichen Interessenverbänden geprägte Vorstellungen, wie zum Beispiel die von „sozialer Gerechtigkeit“, aufzwingen. Er kann seine erfolgreichen Bürger allenfalls zur Hilfe für ohne eigenes Verschulden in Not geratene Mitbürger verpflichten (siehe unten).

Die Regeln des gesellschaftlichen Umgangs entstehen im liberalen Rechtsstaat durch Versuch und Irrtum im Zeitverlauf.³ Die Komplexität des gesamten Regelwerks übersteigt die Fähigkeit eines einzelnen Verstands, es zu konstruieren. Deshalb ist es unsinnig, gesellschaftliche Utopien zu entwerfen, und verbrecherisch, sie gewaltsam zu verwirklichen. Weder der Gesetzgeber noch der urteilende Richter erschaffen die gesellschaftlichen Regeln. Vielmehr spüren sie die im gesellschaftlichen Umgang entstandenen Regeln auf und formulieren sie oder wenden sie auf konkrete Fragestellungen an.⁴ Freiheit schaffende Regeln sind abstrakt, von allgemeiner Natur und meist als Verbote formuliert. Die

² Friedrich von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit und Recht Gesetz und Freiheit*. Gesammelte Schriften. Mohr Siebeck (Tübingen) 2005 bzw. 2003.

³ Dazu auch Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Mohr Siebeck (Tübingen) 1992.

⁴ Besonders im angelsächsischen „common law“, weniger dagegen im (kodifizierten) „civil law“ des europäischen Kontinents.



Verpflichtung auf staatlich verordnete, konkrete Gebote ist mit dem Ziel der Freiheit für den Einzelnen unvereinbar. Der auf Regeln fußende liberale Rechtsstaat, der die Verfolgung konkreter Zwecke allein seinen Mitgliedern überlässt, ist die Grundlage unseres heutigen Wohlstands. Aber er hat es schwer, Herzen zu wärmen. Er muss sich auf die Intelligenz der Bürger verlassen, seine Vorzüge zu erkennen.

Die Rolle des Privateigentums

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung war die durch die Sicherung des Privateigentums in der liberalen Wirtschaftsordnung möglich gewordene Entstehung des Kapitalismus. In der kapitalistischen Wirtschaft können Menschen ohne eigenes Eigentum vom Eigentum anderer profitieren, indem sie ihre Arbeitskraft an die Eigentümer vermieten oder ihre Erfindungskraft mit dem Eigentum anderer verbünden. Dadurch werden die Kräfte der Arbeitsteilung über die Kombination der Arbeit mit Produktionsmitteln gehebelt. Nur eine Minderheit ist zum Aufbau und wirtschaftlichen Einsatz der Produktionsmittel befähigt: die Kapitalisten und die mit ihnen verbündeten Unternehmer. Gäbe es keinen Kapitalismus und kapitalistische Unternehmer wären die meisten Menschen gar nicht auf der Welt, weil sie keine Existenzgrundlage hätten, oder sie wären Arbeitssklaven einer anderen Minderheit, die politische Macht über sie erlangt hat. Diejenigen in den entwickelten Ländern, die heute über Armut klagen und dafür die liberale Wirtschaftsordnung verantwortlich machen, gibt es nur, weil es ihnen diese Wirtschaftsordnung ermöglicht hat, geboren zu werden. Dort, wo die Entwicklung der liberalen Wirtschaftsordnung aus ideologischer Verblendung oder der Machtgier weniger zurückgedreht wurde, sank der Wohlstand und stieg die Sterblichkeit. Beispiellos für die Folgen der Zerstörung der liberalen Wirtschaftsordnung ist der durch den sogenannten „großen Sprung nach

vorn“ im kommunistischen China unter Mao Tse Tung ausgelöste Hungertod von um die 50 Millionen Menschen Ende der fünfziger Jahre.

Liberale Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung

Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat es möglich gemacht, dass immer mehr Menschen auf der Erde leben können. Durch Arbeitsteilung und Tausch der Früchte der auf ihre jeweiligen besonderen Fähigkeiten spezialisierten arbeitenden Menschen stieg die Kapazität der Versorgung mit den Lebensnotwendigkeiten steil an. Wären die Menschen Jäger und Sammler geblieben, könnte nur ein kleiner Bruchteil der heutigen Bevölkerung überhaupt überleben.⁵ Gleichzeitig hat die liberale Wirtschaftsordnung der Menschheit einen über lange Zeit unvorstellbaren Reichtum gebracht. Der verstorbene Wirtschaftshistoriker Angus Maddison hat den Anstieg des britischen realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von Christi Geburt bis 1650, dem Beginn des Aufstiegs des Liberalismus, auf gut 50 Prozent taxiert. In den 360 Jahren danach stieg das reale BIP pro Kopf dann um rund 2470 Prozent.

Wann und wo immer die liberale Wirtschaftsordnung gestärkt wurde, entwickelte sich auch die Wirtschaft besser—und umgekehrt. Die positiven historischen Beispiele für diesen Zusammenhang reichen über das durch Währungsreform und Freigabe der Preise geschaffene „Wirtschaftswunder“ im Nachkriegsdeutschland über den durch die Liberalisierung der Wirtschaft ausgelösten Aufschwung in den USA und Großbritannien im Verlauf der 1980er Jahre bis zum Wiederaufstieg Chinas durch die Öffnung zur Marktwirtschaft seit den 1980er Jahren. Negative Beispiele sind die wirtschaftliche

⁵ Siehe dazu Friedrich von Hayek, *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*. Gesammelte Schriften. Mohr Siebeck (Tübingen) 2011.



Stagnation in traditionellen Stammesgesellschaften und die dürftige wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern.

Von der Stammesgesellschaft zum Sozialismus

Ganz anders ist die aus der Familie kommende und dem liberalen Rechtsstaat vorhergehende Stammesgesellschaft aufgestellt. Sie ist hierarchisch zu dem Zweck organisiert, den Stamm zu erhalten und sein Wachstum zu fördern. Die Führung der Stammesgesellschaft kann religiös, durch Erbfolge oder demokratisch legitimiert sein, oder ihren Machtanspruch gewaltsam durchsetzen. In jedem Fall verpflichtet sie die Gesellschaftsmitglieder zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke.

Mit der Aufklärung wurde das Modell der traditionellen Stammesgesellschaft in das der organisierten Gesellschaft überführt. Nach René Descartes kann der menschliche Intellekt die Welt verstehen und gestalten, also auch die Gesellschaftsordnung konstruieren. Nach Jean-Jacques Rousseau wird die Gesellschaft durch einen auf dem „Gemeinwillen“ (*volonté général*) beruhenden Vertrag konstituiert, dem sich alle Gesellschaftsmitglieder unterzuordnen haben. Maximilien Robespierre versuchte, den Gemeinwillen durch Terror zur Tugend aller Gesellschaftsmitglieder zu erheben. Die moderne organisierte Gesellschaft appelliert zur Motivation ihrer Mitglieder lieber an die gesellschaftliche „Solidarität“ und vermiest ihnen die Verfolgung individueller Interessen.

Während privates Eigentum im liberalen Rechtsstaat Freiheit für den Einzelnen schafft, kann in der Stammesgesellschaft oder ihrem Nachfolger, der organisierten Gesellschaft, der Anführer zu Erreichung gemeinsamer Zwecke darüber verfügen. Der Erfolg der Stammesgesellschaft wird wesentlich von der Klugheit ihrer

Anführer bestimmt. Doch können Einzelne nie so klug sein wie die Gesamtheit freier Individuen.⁶ In einer Zeit, in der sich die Familienbände immer weiter lösen, weckt die Stammesgesellschaft in vielen Bürgern die Erinnerung an eine längst verlorene Heimat. Sie suchen Geborgenheit in der Nation oder einer fiktiven „internationalen Solidarität“. Dagegen erscheint ihnen der liberale Rechtsstaat als kalt und herzlos und wird nur hingenommen, so lange er sichtbare wirtschaftliche Erfolge bringt.

Im Sozialismus wurde versucht, die Prinzipien der Stammesgesellschaft, in der die Beziehungen der Mitglieder überwiegend persönlicher Natur sind, auf die große Gesellschaft zu übertragen, in der die Beziehungen der Mitglieder zueinander anonym sind. Karl Marx sah im auf Arbeitsteilung und Privateigentum gründenden Kapitalismus die Quelle der „Entfremdung“ des Arbeiters von den Früchten seiner Arbeit und ein Mittel seiner Ausbeutung durch die herrschende Klasse. Da er den Wert eines Produkts allein durch die zu seiner Herstellung nötige Arbeitsmenge bestimmte, spielten für ihn die Leistungen der Unternehmer und Kapitalisten keine Rolle.

⁶ Der römische Senator Marcus Tullius Cicero war einer der ersten, der die Vorzüge der freien Gesellschaft erkannte: „Dieser Mann pflegte zu sagen, darin liege der Grund des Vorzuges unserer Verfassung vor der der übrigen Staaten, dass, während in diesen immer nur einzelne lebten, die, jeder in seinem Vaterland, die Verfassung des Staates durch ihre Gesetze und Einrichtungen begründet hätten; zum Beispiel bei den Kretern Minos, bei den Spartanern Lykurgos; [...] dagegen in unserem Staat nicht das Talent eines einzelnen, sondern vieler, die Verfassung begründete. [...] Denn, sagte er, nie und nirgends gab es wohl einen Mann von so allumfassenden Geist, dem gar nichts entgangen wäre; auch ist es unmöglich, dass ein Verein aller Talente in einem Zeitraum alles so auf die Dauer berechnen könnte, dass er die Erfahrung und die Probe der Zeit zu ersetzen vermöchte.“ Cicero, *De re publica* II. (Übersetzung von Georg Heinrich Moser, Ciceros Werke. Metzler, Stuttgart 1828.)



Im Sozialismus sollte zentrale Planung durch den Staat dem Einzelnen seinen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft zuweisen und ihn so versorgen, dass alle Gesellschaftsmitglieder wirtschaftlich gleich gestellt wären. Dabei wurde ausgeblendet, dass dem zentralen Planer die Information fehlt, seine Aufgabe zu erledigen.⁷ Information über die Bedürfnisse einer großen Zahl von Gesellschaftsmitgliedern kann nur durch Preisgebote am Markt an andere übermittelt werden, die diese Bedürfnisse zu den gebotenen Preisen befriedigen können. Ohne die in Marktpreisen kristallisierte Information über die Bereitschaft zur Zahlung und Lieferung von Gütern tappt der zentrale Planer im Dunkeln. Es kommt zu Fehlallokation von Ressourcen und Fehlproduktion. Auch wenn sich die Planung auf Eingriffe in den Markt statt seiner kompletten Abschaffung beschränkt, geht Information verloren und es kommt zu Fehlern. Gleiches gilt, wenn die Planung die am Markt erwirtschafteten Einkommen und Vermögen umverteilt. Denn dann werden die Marktpreise durch die Manipulation der Bereitschaft zur Lieferung und Zahlung von Gütern indirekt verzerrt.

Insofern ist der Übergang vom real existierenden Sozialismus zum lenkenden Wohlfahrtsstaat fließend: Dort erlitt die Wirtschaft durch Zentralplanung einen Totalschaden, hier wird die Wirtschaft „nur“ durch mehr oder weniger schwere „Blebschäden“ verformt. Während der real existierende Sozialismus durch den ihm innewohnenden Totalitarismus und seine eklatanten wirtschaftlichen Fehlleistungen diskreditiert wurde, erfreut sich der lenkende Wohlfahrtsstaat weiterhin großer Beliebtheit. Ein Grund dafür ist, dass er einen „dritten Weg“

⁷ Jesus Huerta de Soto, *Sozialismus, Wirtschaftsrechnung und unternehmerische Funktion*. De Gruyter (Oldenburg) 2013.

zwischen Sozialismus und Kapitalismus und damit das jeweils Beste beider Systeme verspricht.

Niedergang des Liberalismus durch den Dritten Weg

Nachkriegsdeutschland erhielt den liberalen Rechtsstaat von den Siegermächten, allen voran den USA, zurück. Ohne die Unterstützung von Lucius Clay, des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone, hätte Ludwig Erhard niemals im Juni 1948 mit der Einführung der D-Mark die Preise freigeben und damit den Grundstein für eine liberale Wirtschaftsordnung legen können. Im Ahlener Programm der CDU von 1947 hatte es zur Neuordnung der Wirtschaft noch geheißen:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden....Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“⁸

Die von Erhard durchgesetzte liberale Wirtschaftsordnung läutete die Zeit des deutschen „Wirtschaftswunders“ ein. Von Anfang der 1950er Jahre bis Mitte der 1960er Jahre wuchs

⁸ http://www.kas.de/upload/themen/programm/der_cdu/programme/1947_Ahlener-Programm.pdf.

Die Skepsis gegenüber dem „Kapitalismus“ und der liberalen Wirtschaftsordnung hat sich auch im 1949 erlassenen Grundgesetz niedergeschlagen. Art. 14(2) GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Art. 20 (1) GG: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“



das westdeutsche Bruttosozialprodukt pro Kopf in realen Größen gerechnet um knapp 6 Prozent pro Jahr. Die D-Mark wurde zum Symbol für den Wiederaufstieg Deutschlands. Entgegen einer heute populären Lesart verband Erhard mit dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ keineswegs die Umverteilung der am Markt erarbeiteten Einkommen und Vermögen, sondern nur die Absicherung von unverschuldet in Not geratenen Mitbürgern.⁹

Mit zunehmendem Wohlstand wuchs die Unzufriedenheit mit einer als verkrustet empfundenen bürgerlichen Gesellschaftsordnung und damit der liberalen Wirtschaftsordnung. Die Studentenbewegung von 1968 probte die Rückkehr zu den Prinzipien der Stammesgesellschaft. Inspiriert wurde sie von den Theorien Sigmund Freuds, der in den bürgerlichen Konventionen eine im Unbewussten verankerte Quelle psychischer Störungen sah und von Karl Marx, der die liberale Wirtschaftsordnung als Instrument der Ausbeutung der besitzlosen durch die besitzende Klasse denunzierte. Mit der Studentenbewegung wurde eine konstruktivistische Sicht auf die Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft salonfähig und gewann in der Wirtschaftspolitik die Oberhand.

Die Blaupause für konstruktivistische Wirtschaftspolitik lieferte John Maynard Keynes, der Mitte der dreißiger Jahre die Feinsteuerung der Wirtschaft durch den Staat propagiert hatte. Keynes schien damit den Schlüssel zu einem von Rezessionen unbeeinträchtigten stetigen Wachstum der Wirtschaft gefunden zu haben. Doch mit der Popularität Keynesianischer Politik in den 1960er-Jahren wuchs auch der Staat, bis er so übermächtig wurde, dass er das Wachstum erdrosselte. Im Verlauf der siebziger Jahre kam es zum Keynesianischen Overkill in Form

von Inflation ohne Wachstum. Die Wortschöpfung „Stagflation“ machte Karriere.

Die wirtschaftliche Misere brachte Anfang der achtziger Jahre neue Politiker mit dezidiert liberalen Ansichten auf den Plan--in den USA Ronald Reagan und in Großbritannien Margaret Thatcher--die auch in Deutschland Widerhall fanden. Ende 1982 forderte Otto Graf Lambsdorff in seinem sogenannten Wendepapier die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und stürzte die sozial-liberale Koalition. In den achtziger Jahren wurde der Staat zurückgestutzt, indem Steuern gesenkt und Regulierungen abgebaut wurden. Von diesen Fesseln befreit, erholte sich die Wirtschaft. Das Wachstum stieg, die Inflation fiel und der Liberalismus erlebte einen Frühling.

Doch viele Wähler fanden die mit individueller Freiheit verbundene Eigenverantwortung als bedrohlich. Als es ihnen gegen Ende der achtziger Jahre wieder wirtschaftlich besser ging, suchten sie nach einer Alternative. Eine Rückkehr in die Staatswirtschaft der siebziger Jahre war unerwünscht, da die Erinnerungen an die damalige Misere noch frisch waren. Dies brachte findige Politikberater und Politiker auf die Idee, einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und dem durch den Liberalismus ermöglichten Kapitalismus vorzuschlagen. Die Wirtschaft sollte sich frei entfalten können, solange alles gut ging, aber der Staat sollte schützend eingreifen, wenn Rückschläge drohten. Der Dritte Weg, für den in den USA Bill Clinton und in Großbritannien Tony Blair standen (und mit dem Gerhard Schröder kurz flirtete), sollte die beste aller Welten schaffen: Wachstum wie im Kapitalismus und Absicherung wie im Sozialismus, sozusagen die organisierte liberale Gesellschaft.¹⁰

⁹ Siehe dazu Ludwig Erhard, *Wohlstand für Alle*. Econ-Verlag (Düsseldorf) 1957.

¹⁰ Siehe dazu Anthony Giddens, *The Third Way: The Renewal of Social Democracy*. Polity Press (Cambridge) 1998, und Gerhard Schröder und Tony



Die Dampfwalze des Dritten Wegs

Während im angewandten Keynesianismus der 1970er Jahre die Fiskalpolitik für die Absicherung der Wirtschaft gegen konjunkturelle Rückschläge sorgen sollte, übernahm im Dritten Weg die Geldpolitik diese Rolle. Geld ist ein nur wenig verstandenes soziales Instrument. Notwendig wurde es durch die Arbeitsteilung in der über die Familie oder den Stamm hinausgehenden Gesellschaft. Wo Beziehungen wegen der Größe der Gesellschaft nicht mehr persönlich sein können, werden in Arbeitsteilung hergestellte Güter getauscht statt auf Treu und Glauben vergeben, und wo getauscht wird braucht man Geld als Mittel. In der freien Gesellschaft wird das Tauschmittel „spontan“, d.h. ohne bewusste Planung gewählt und existiert unabhängig von der staatlichen Organisation. Doch hat der Staat sehr früh erkannt, dass ihm die Verfügungsgewalt über das Geld sehr viel Macht über die Gesellschaft bringt und sich diese daher angeeignet.¹¹ Zur Erhöhung der Geldproduktion hat er die Herausgabe von privatem Schuldgeld durch staatlich lizenzierte Banken zugelassen und damit eine öffentlich-private Partnerschaft zur Geldherstellung begründet. Damit gelang es, die umlaufende Geldmenge durch die für Laien schwer verständliche fraktionelle Reservehaltung der Banken statt durch Materialverschlechterung staatlicher Münzen beliebig zu steigern.¹²

Blair, *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*. London, 8. Juni 1999.

¹¹ Siehe dazu Murray Rothbart, *Das Scheingeldsystem – Wie der Staat unser Geld zerstört*. Resch (Gräffelfing) 2005.

¹² Noch immer haben zahlreiche Ökonomen und Bankiers sowie der Großteil der Politiker nicht verstanden, dass in der heutigen Geldordnung Giralgeld als privates Schuldgeld der Banken über die Vergabe von Krediten geschaffen wird. Dieser Mangel an Verständnis hat zum Beispiel dazu geführt, dass die Politiker in Europa eine Bargeldunion statt einer

Mit der Zeit hat der Staat seine Verfügungsgewalt über das Geld jedoch zur Verfolgung kurzfristiger Staatsziele missbraucht und das Vertrauen in die Wertstabilität von im Staatsmonopol hergestelltem Geldes untergraben. Ein wichtiger Einschnitt war dabei die Lösung der Anbindung des US Dollars an Gold und der Zusammenbruch des Bretton-Woods System der Wechselkurse (in dem andere Währungen an den Dollar gekoppelt waren) Anfang der 1970er Jahre. Um das Vertrauen wieder herzustellen, sind die meisten Staaten dazu übergegangen, die Kontrolle der Geldproduktion an von ihnen politisch unabhängige Zentralbanken zu übertragen. Im Verlauf der knapp drei Jahrzehnte von Anfang der 1980er Jahre bis zum Beginn der Großen Finanzkrise im Jahr 2007 wurde dadurch das Vertrauen in das staatlich lizenzierte Geld gestärkt.

Seither steht dieses Vertrauen allerdings auf wankendem Boden. Die Zentralbanken haben die Aufgabe übernommen, Wirtschaft und Finanzen vor widrigen Entwicklungen zu bewahren. Konjunkturdellen sollten ausgebeult und die Konsequenzen von Finanzblasen entschärft werden. Doch seit der Finanzkrise wurde immer deutlicher, dass sie sich damit übernommen haben. Mit ihrer Politik der niedrigen Zinsen und extremen Bilanzausweitung haben sich die Zentralbanken in eine Position manövriert, aus der ein Entkommen kaum noch möglich scheint.

Währungsunion konstruiert haben, ohne diese Fehlkonstruktion zu bemerken. Erst mit der Eurokrise wurde ihnen vorgeführt, dass sich das Schuldgeld griechischer Banken fundamental von dem deutscher Banken unterscheidet. Zur „Vollendung“ der Währungsunion soll nun das von den Banken geschaffene private Schuldgeld vereinheitlicht werden, wobei wieder nicht verstanden wird, dass damit eine europäische Haftungsgemeinschaft für alle Schuldgeleinlagen in Euro begründet wird.



Der behütende Wohlfahrtsstaat

Der Dritte Weg sollte den behütenden Wohlfahrtsstaat mit dem Liberalismus versöhnen, um wirtschaftliche Dynamik ohne die emotionalen Zumutungen der liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu schaffen. Der behütende Wohlfahrtsstaat wärmt das Herz und verspricht seinen Bewohnern gleichzeitig Wohlstand, wie es das Volksheim der untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik nicht vermocht hat. Im Gegensatz zu diesem will der behütende Wohlfahrtsstaat nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich leistungsfähig und ökologisch „nachhaltig“ sein. Längst ist der ökologische Arm des behütenden Wohlfahrtsstaats über Mülltrennung und Abwasserentsorgung hinausgewachsen. Angesichts des Verlusts des Glaubens in unserer säkularisierten und verwissenschaftlichen Gesellschaft kümmert er sich um alles, bis zum Erhalt der Schöpfung. Dabei weiß er genau, wie Energie zu produzieren ist (mit Windrädern und Solarzellen) und Autos motorisiert werden müssen (Elektromotor). Statt des Viehs auf der Weide sollen seine Bewohner gleich direkt das Gemüse essen, da sie bei der Verdauung weniger Kohlendioxid ausstoßen als die Wiederkäuer. Hilfreich vermisst er „ökologische Fußabdrücke“, so dass man lernt, weniger raumgreifend aufzutreten.

Der behütende Wohlfahrtsstaat sorgt sich mindestens ebenso um soziale Gerechtigkeit wie um den Erhalt der Schöpfung. Er weiß, wieviel seine Bewohner mindestens (den Mindestlohn) und wieviel sie höchstens (die Gehaltsobergrenze) verdienen dürfen. Er nimmt denen, die zu viel haben, und gibt es den Armen. Da er immer wieder errechnet, dass die Zahl der Armen in schlechten wie in guten Zeiten hoch bleibt (weil er jeden als arm definiert, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erhält), ist seine Arbeit nie getan. Er sorgt für seine Bewohner in Krankheit und im Alter-- ohne Rück-

sicht auf die Kosten, denn er ist entschieden gegen die „Ökonomisierung unseres Lebens“. Soziale Gerechtigkeit im Inland ergänzt der behütende Wohlfahrtsstaat um internationale Solidarität. Der behütende Wohlfahrtsstaat deutscher Prägung unterstützt seine europäischen Nachbarn und eigentlich alle ärmeren Länder dieser Welt (obwohl für letztere wegen des hohen Bedarfs der ersteren nicht mehr so viel übrig bleibt). Da er grundsätzlich gegen militärische Gewalt und nachrichtendienstliche Drecksarbeit ist, überlässt der behütende Wohlfahrtsstaat deutscher Prägung die Landesverteidigung gerne den USA, die ihm dafür besser geeignet scheinen.

Der behütende Wohlfahrtsstaat wird von der Regierung geführt wie ein Unternehmen, das sich die Maximierung des Glücks seiner Mitarbeiter statt des Gewinns seiner Aktionäre zum Ziel gesetzt hat. Angesichts der noch in den Kinderschuhen steckenden Glücksforschung hört die Regierung auf die Glückswünsche der in Verbänden organisierten Einwohner des behütenden Wohlfahrtsstaats. Kein Verband kann schlecht sein (Ausnahme: Waffen- und Tabaklobby), aber manche kennen das Glück der Menschen besser als andere (Gewerkschaften besser, Unternehmerverbände schlechter). Wo sich Menschen der Einsichten verweigern, die sie zu ihrem Glück führen, verzichtet der behütende Wohlfahrtsstaat weise auf Zwangsmaßnahmen (Ausnahme: Steuereintreibung). Stattdessen „schubst“ er sie zu ihrem eigenen Wohl auf den zu ihrem Glück führenden Weg (und nicht nur unverbesserliche Raucher und Zuckerschlecker). Aber nicht nur das richtige Handeln, sondern auch das richtige Denken seiner Bürger ist dem behütenden Wohlfahrtsstaat ein Anliegen. Zur Hilfestellung beim Denken leistet sich der behütende Wohlfahrtsstaat deutscher Prägung den teuersten öffentlich-rechtlichen Rund-



funk der Welt.¹³ Durch seine „Vormundschaftsgewalt“ zerstört er die Zivilgesellschaft, in der sich Bürger zu gemeinnützigen Zwecken selbst organisieren. Seine Bürger betrachtet er als seine Mündel.

Schon im neunzehnten Jahrhundert hat Alexis de Tocqueville die Sehnsucht nach Geborgenheit durch Bevormundung des behütenden Wohlfahrtsstaats beschrieben: *„Über (seinen) Bürgern erhebt sich eine gewaltige Vormundschaftsgewalt, die es allein übernimmt, ihr Behagen sicherzustellen und über ihr Schicksal zu wachen. Sie ist absolut, ins einzelne gehend, pünktlich, vorausschauend und milde. Sie würde der väterlichen Gewalt gleichen, hätte sie – wie diese – die Vorbereitung der Menschen auf das Mannesalter zum Ziel; sie sucht aber, im Gegenteil, die Menschen unwiderruflich in der Kindheit festzuhalten; sie freut sich, wenn es den Bürgern gut geht, vorausgesetzt, dass diese ausschließlich an ihr Wohlergehen denken. Sie arbeitet gern für ihr Glück; aber sie will allein daran arbeiten und allein darüber entscheiden; sie sorgt für ihre Sicherheit, sieht und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, leitet ihre gewerblichen Unternehmungen, regelt ihre Erfolge und teilt ihren Nachlass; könnte sie ihnen nicht vollends die Sorge, zu denken, abnehmen und die Mühe, zu leben?“¹⁴*

Der ökologische Arm des behütenden Wohlfahrtsstaats entstand in den 1970er Jahren.

¹³ Mit einem Gesamtaufkommen für den öffentlichen Rundfunk von €7,3Mrd. lag Deutschland 2015 an der Spitze aller untersuchten Länder und deutlich vor größeren Ländern wie den USA (€0,8Mrd.) oder Japan (€6,4Mrd.). Siehe Justus Haucap, Christiane Keder und Ina Loebert, *Eine liberale Rundfunkordnung für die Zukunft*. Prometheus Institut Mai 2015.

¹⁴ Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*. 1835/1841.

https://etwasanderekritik.files.wordpress.com/2012/05/17alexis_de_tocqueville.pdf.

Dem „Club of Rome“, einem Zusammenschluss von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen aus mehr als 30 Ländern, gelang 1972 ein gewaltiger publizistischer Coup. In einem Bericht mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ prognostizierten die Autoren eine katastrophale Entwicklung der Weltbevölkerung und des Lebensstandards in den nächsten 50 bis 100 Jahren, wenn die Weltwirtschaft unvermindert weiter wächst. Für die Prognose wurde ein globales Modell benutzt, das vergangene Trends in die Zukunft projizierte, ohne durch relative Preisänderungen ausgelöste Rückkoppelungseffekte zu berücksichtigen. Obwohl ökonomisch unsinnig begründete die Studie den heute noch weit verbreiteten Skeptizismus über das Wachstum der Wirtschaft. Diese Skeptiker nehmen an, dass das Wachstum durch die endlichen Ressourcen der Erde begrenzt ist. Sie wollen die Welt retten, indem sie Wirtschaftswachstum verbieten. Dabei übersehen sie, dass der „Rohstoff“ für Wirtschaftswachstum eben nicht endliche materielle Ressourcen, sondern menschliches Wissen ist, das keine endlichen Wachstumsgrenzen kennt. Nullwachstum der Wirtschaft wäre nur durch Nullwachstum menschlichen Wissens zu erzwingen, das nur durch ein allgemeines Denkverbot in einem totalitären Staat denkbar wäre.

Zum endgültigen Durchbruch verhalf dem ökologischen Arm des behütenden Wohlfahrtsstaats in Deutschland Anfang der 1980er Jahre die Kampagne gegen das „Waldsterben“. Der Göttinger Forstwirtschaftler und Bodenkundler Bernhard Ulrich behauptete 1981, durch Luftverschmutzung geschaffener „saurer Regen“ würde die deutschen Wälder in nur wenigen Jahren vernichten. Obwohl seine These kaum durch wissenschaftliche Untersuchungen gestützt war, erzeugte sie eine öffentliche Hysterie und half der Partei der Grünen 1983 zum erst-



maligen Einzug in den Bundestag.¹⁵ Jahre später erwies sich die These als völlig haltlos—die Waldfläche wurde größer statt kleiner—doch wie die These von den angeblichen „Grenzen des Wachstums“ grub sie sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen ein.¹⁶

Statt Wachstum will der ökologisch ausgerichtete, behütende Wohlfahrtsstaat die „Nachhaltigkeit“ der Wirtschaft. Die Wurzeln dieses Konzepts reichen weit in die Vergangenheit zurück.¹⁷ Als "Vater" der Nachhaltigkeit gilt der Freiburger Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz (1645–1714), der dieses Konzept auf die Waldwirtschaft anwendete. Um ein nachhaltiges Handeln umzusetzen, sollte nach Carlowitz in einem Wald nur so viel abgeholzt werden, wie der Wald in absehbarer Zeit auf natürliche Weise regenerieren kann. Das Prinzip der Nachhaltigkeit sollte also sicherstellen, dass ein natürliches System in seinen wesentlichen Eigenschaften langfristig erhalten bleibt. Doch was für die Waldwirtschaft gilt, muss nicht für die menschliche Gesellschaft und ihre Wirtschaftsordnung gelten. Wie Cicero schon klar erkannt hat, kann weder ein einzelner Herrscher noch eine Regierung, eine politische Partei oder ein Komitee von Experten die Weisheit einer Gesellschaft freier Bürger ersetzen. „Nachhaltigkeit“ lässt sich folglich nicht zentral planen, sondern kann nur in einer Gesellschaftsordnung entstehen, in der jeder Einzelne durch sein freies Handeln das kollektive Wissen vermehrt und zum wirtschaftlichen Erfolg der gesamten Gesellschaft beiträgt.

¹⁵ Siehe dazu Horst Demmler, *Wider den Grünen Wahn*. MV Verlag (Münster) 2015.

¹⁶ Man könnte die These vom Waldsterben der „parteiischen Wissenschaft“ zuordnen, die empirische Beobachtungen nach vorgefassten Vorstellungen wertet statt sie zur Falsifizierung von Hypothesen zu nutzen.

¹⁷ <https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/definitionen/1382.htm>.

Das Luftschloss der sozialen Gerechtigkeit

Die Bewohner des behütenden Wohlfahrtsstaats wollen, dass es dort „sozial gerecht“ zugeht. Laut einer Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov vom Juni 2017 wollen 79 Prozent der Deutschen mehr soziale Gerechtigkeit. Nicht jeder meint damit das Gleiche, aber wohl alle sehen es als eine Aufgabe des Staats an, dafür zu sorgen. Dem liberalen Rechtsstaat ist das Konzept der sozialen Gerechtigkeit dagegen wesensfremd. Ihre Definition und Durchsetzung durch die Staatsgewalt ist mit dem vom liberalen Rechtsstaat hochgehaltenen Prinzip der Freiheit des Einzelnen unvereinbar. Wer das Ergebnis individueller wirtschaftlicher Entscheidungen einer von ihm entworfenen Schablone der „sozialen Gerechtigkeit“ anpassen will, muss Zwang ausüben und die von Natur her ungleichen Einzelnen zur Herstellung sozialer Gleichheit ungleich vor dem Gesetz behandeln. Die konsequente Verfolgung des Ziels der „sozialen Gerechtigkeit“ führte daher im Sozialismus zwingend zur totalitären Herrschaft weniger über viele.

Manche wollen daher das Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“ wegen seines totalitären Beigeschmacks in das der „Chancengerechtigkeit“ überführen. Sollte man nicht schon aus Eigennutz wollen, dass jeder Mensch die gleiche Chance auf Erfolg bekommt, wenn man sich vorstellt, man würde in eine Gesellschaft hineingeboren, ohne zu wissen in welche Einkommensschicht?¹⁸ Das hört sich gut an, ist aber leider auch ein Luftschloss, weil „Chancengerechtigkeit“ im wirklichen Leben nicht hergestellt werden kann. Der Mensch kommt so unfertig wie kein Tier auf die Welt. Dadurch wird er weit weniger von seinen Genen bestimmt

¹⁸ John Rawls, *A Theory of Justice*. Harvard University Press (Cambridge, Mass.) 1971.



und kann sich viel besser an sein Lebensumfeld anpassen als das Tier. Noch wichtiger ist, dass er wegen seiner Unfertigkeit von seinen Mitmenschen Verhaltensregeln erlernen kann, die ihm sein Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Diese Regeln sind über die Zeit durch Überlieferung und Anpassung an veränderte Umstände entstanden und bestimmen die Gesellschaftsordnung.

Der unfertige Mensch wird nach seiner Geburt unmittelbar von Mutter und Vater, danach von Kindergarten, Schule, Berufsausbildung und seinem gesellschaftlichen Umfeld geprägt. Zusammen mit den ererbten Genen bestimmt diese Prägung seine Lebenschancen. Doch nehmen die Wirkungen der Prägung von außen mit fortschreitendem Entwicklungsstand ab. Die frühkindliche Prägung ist besonders wichtig, hängt aber wesentlich von der Art der Zuwendung in der Familie ab. Da diese von Familie zu Familie unterschiedlich ist, werden auch die durch Prägung bestimmten Lebenschancen unterschiedlich verteilt. Das Ideal der Chancengerechtigkeit wird folglich nicht nur durch Unterschiede in den ererbten Genen, sondern auch durch Unterschiede der Prägung in der früheren Lebenszeit ausgehebelt. Insoweit waren die der absoluten sozialen Gerechtigkeit verpflichteten totalitären sozialistischen Staaten durchaus konsequent, wenn sie Kleinkinder den Familien entrissen, um sie nach staatlichen Normen zu prägen. Dadurch hat man den Menschen aber nicht nur großes Leid zugefügt, sondern ihnen auch Lebenschancen genommen. Nur verblendete Sozialingenieure können auf diese unmenschliche Weise Chancengerechtigkeit herstellen wollen. Der liberale Rechtsstaat kann den Familien hier nur Hilfe anbieten, aber nichts erzwingen.

Ist eine Gesellschaft aber dann nicht kalt und ein Leben in ihr unwirtlich, wenn sie sich nicht bemüht, soziale Gerechtigkeit, oder zumindest

Chancengerechtigkeit herzustellen? Das mag für die Organisationsform der Stammesgesellschaft zutreffen, in der die Mitglieder in persönlichen Beziehungen zueinander stehen. Wie in der Familie ist dort ein materieller Ausgleich zur Pflege dieser Beziehungen hilfreich. Anders verhält es sich in der arbeitsteiligen großen Gesellschaft, in der anonyme Beziehungen der Mitglieder untereinander über den Markt koordiniert werden. Eingriffe in die Zuteilung der Entlohnung für Leistungen zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit stören dort die Koordination durch den Markt und verringern die gesellschaftliche Leistungskraft. Menschen, die sich im Markt ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können, sollten dort eine durch allgemeine Abgaben finanzierte Unterstützung erhalten.

Der behütende Wohlfahrtsstaat und die Demokratie

Im liberalen Rechtsstaat sollte das Parlament Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens finden, die der Freiheit des Einen dort Grenzen setzen, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Damit diese Regeln ihren Zweck erfüllen können, sollten sie abstrakt und von negativer Natur, also Verbote statt Gebote, sein. Aufgabe der Regierung sollte sein, innerhalb der Gesetze und unter Aufsicht des Parlaments für die Durchsetzung dieser Regeln zu sorgen. Würde die Regierung stattdessen selbst gesetzte Ziele verfolgen, würde sie die Freiheit der Bürger bei der Verfolgung eigener Ziele verletzen.

Mit der Entwicklung des behütenden Wohlfahrtsstaats sind wir jedoch immer mehr von negativen zu positiven Regeln, von abstrakten Verboten zu konkreten Geboten, übergegangen. Aus „du sollst nicht“ wurde immer öfter ein „du sollst“. Während in einem auf Verboten fußenden Regelwerk alles erlaubt ist, was nicht verboten ist, ist in einem auf Geboten fußenden Regelwerk alles verboten, was nicht erlaubt ist.



Dadurch wird der Freiheitsraum des Einzelnen weit über das hinaus eingeschränkt, was nötig ist, um die Freiheit des Anderen zu achten. Der Übergang von Verboten zu Geboten im gesellschaftlichen Verhalten hat vier schwerwiegende Folgen: Erstens verändert sich die Rolle der Regierung. Vom Wächter über die Regeln wird sie zum Manager der Gesellschaft. Gestützt auf ihre parlamentarische Mehrheit entwickelt sie die Gebote, formuliert sie in Gesetze und setzt sie unter Androhung von Zwang durch. Zweitens verändert sich die Rolle des Parlaments. Statt Regeln des Zusammenlebens zu finden und die Regierung bei der Durchsetzung dieser Regeln zu überwachen, stützt nun die parlamentarische Mehrheit die Regierung bei der Umsetzung von Geboten für die Gesellschaft. Faktisch kontrolliert das Parlament nicht mehr die Regierung, sondern die Regierung bringt das Parlament über ihre Mehrheit dort auf ihre Linie.

Drittens verändert sich der Charakter der Demokratie. Das Volk wählt nun nicht mehr Vertreter aus seiner Mitte, die über die Zeit entstandene und bewährte gesellschaftliche Regeln in Gesetze fassen, sondern eine Versammlung, aus der heraus sich eine Regierung für das Management der Gesellschaft bildet. Gut organisierte gesellschaftliche Gruppen versuchen, das Management der Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie lautstark oder in Hinterzimmern Forderungen und Ansprüche stellen, die sie in gesellschaftliche Gebote übersetzt sehen wollen. Und die Regierung wird abhängig von diesen Gruppen, wenn diese für sie Wähler sichern. Viertens nimmt die wirtschaftliche Dynamik der Gesellschaft ab. Denn durch Gebote wird zwangsläufig die Kreativität Einzelner eingeschränkt, auf ihre Weise zum wirtschaftlichen Wohlstand beizutragen. Stattdessen wird der Einzelne zur Befolgung von Geboten verpflichtet, die von einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen geformt werden. Das historische Expe-

riment des Sozialismus hat auf teilweise erschreckende Weise gezeigt, wie der durch Gebote hervorgerufene Verlust an Kreativität wirtschaftlichen Wohlstand zerstören kann.

Aufstand der verlassenenen Mündel

Da im behütenden Wohlfahrtsstaat die Beziehungen der Mündel zu ihrer Vormundschaftsgewalt nicht wie in der traditionellen Stammesgesellschaft persönlich sondern anonym sind, entsteht mit der Zeit eine Kluft zwischen den Eliten und den von ihnen Betreuten. Bei den Mündeln kann sich der Eindruck verdichten, dass die Vormundschaftsgewalt auf ihre Kosten lebt, statt für ihre Interessen zu sorgen. Eine besondere Rolle für das wachsende Misstrauen der Mündel spielten in der jüngeren Vergangenheit die Globalisierung, die Finanzkrise und die Zuwanderung.

In der liberalen Gesellschaftsordnung erlaubt die Organisation der wirtschaftlichen Beziehungen über den Markt ein Beziehungsgeflecht aller Wirtschaftsakteure untereinander ohne jegliche Begrenzung der Zahl. Durch die Annahme der marktwirtschaftlichen Ordnung von immer mehr Ländern während der letzten drei Jahrzehnte wurde das Beziehungsgeflecht der an dieser Ordnung teilnehmenden Wirtschaftsakteure auf einen immer größeren Teil der Welt ausgedehnt. Der Siegeszug der liberalen Wirtschaftsordnung schuf die „Globalisierung“. Die daraus folgende tiefere Arbeitsteilung erhöhte den gesamten Wohlstand, erzeugte aber auch Gewinner und Verlierer.

Die Absicherung der Wirtschaftsakteure durch staatliche Eingriffe, wie von den Anhängern des Dritten Wegs unternommen, führte zur Entkopplung von Freiheit und Verantwortung und zur Überwälzung der Kosten individuellen Handelns auf die Allgemeinheit. Besonders krass wurde dies im Finanzbereich praktiziert, wo im Auf-



schwung der Märkte die Gewinne von den Akteuren eingestrichen und im Abschwung mit anschließender Finanzkrise die Verluste an die Allgemeinheit weitergereicht werden konnten. Statt die fatalen Folgen der organisierten Verantwortungslosigkeit des Dritten Wegs zu erkennen, halten viele Leute nun den „Neoliberalismus“ für den Schuldigen. Damit geben sie Friedrich von Hayek nachträglich Recht, der Anfang der achtziger Jahre meinte, dass diejenigen den Trend zum Sozialismus am meisten stärkten, die behaupteten, dass sie weder den Kapitalismus noch den Sozialismus, sondern einen Dritten Weg dazwischen gehen wollten.¹⁹

Schließlich zog der Wohlstand in den an der globalen liberalen Wirtschaftsordnung beteiligten Ländern die Bewohner anderer Länder an, die aus politischen oder sozialen Gründen (z. B. wegen Krieg oder einer rückständischen Gesellschaftsordnung) von den Früchten der Globalisierung nicht an ihrem Heimatort profitieren konnten. Die sich ihrer Regeln für das Zusammenleben bewusste liberale Zivilgesellschaft mündiger Bürger hätte dies aushalten können. Im behütenden Wohlfahrtsstaat empfinden es die Mündel jedoch als Verrat, wenn die Vormundschaftsgewalt ausübenden Eliten sich an der Globalisierung bereichern, die Risiken von Finanzgeschäften auf die Allgemeinheit abwälzen und durch Toleranz massenhafter Immigration ihre höhere Moral zur Schau stellen wollen. Sie fragen:

- Warum verweigert der behütende Wohlfahrtsstaat uns Schutz vor den Produkten ausländischer Anbieter, die unsere Arbeitsplätze bedrohen?
- Warum gibt er Milliardenhilfen für marode Banken aus, aber knausert bei Sozialleistungen?
- Warum kümmert er sich mehr um Immigranten aus fremden Kulturen als um uns?

¹⁹ Hayek (2003).

- Haben denn die Eliten des behütenden Wohlfahrtsstaats mehr Gefallen an den exotischen Mündel aus fremden Ländern gefunden als an uns, weil sie uns vielleicht weniger attraktiv oder gar abstoßend finden?²⁰

Die verschmähten Mündel rächen sich an ihrer Vormundschaftsgewalt, indem sie gegen die von ihr geduldete Bedrohung von außen ihre Zugehörigkeit zu einer Stammesgesellschaft in Stellung bringen. Besonders intensiv ist das Rachegefühl in den neuen Bundesländern, wo die in DDR-Zeiten gezüchteten Erwartungen an den behütenden Wohlfahrtsstaat besonders hoch sind. Die vom Wohlfahrtsstaat enttäuschten Mündel definieren die Stammesgesellschaft über die Nation, Kultur oder Religion. Statt sich als freie und eigenverantwortliche Individuen zu begreifen, bestimmen sie ihre Identität über die Zugehörigkeit zu einer über die Abstammung definierten Gemeinschaft. Diese Zugehörigkeit soll sie vom Wettbewerb durch Handel und Zuwanderung schützen. Befeuert wird die Beschwörung einer stammesgesellschaftlichen Identität durch die Betonung einer eigenen, über die Religion definierten stammesgesellschaftlichen Identität der Zuwanderer aus dem muslimischen Kulturkreis. Die liberale Gesellschaftsordnung wird so durch die Betonung der Identität sowohl der indigenen Bevölkerung als auch der Zuwanderer zerrieben.

Fazit

Die Herausforderung des behütenden Wohlfahrtsstaats durch den Aufstand seiner verlas-

²⁰ Auf dem SPD Parteitag am 13. November 2009 in Dresden sagte der damalige Parteivorsitzende Sigmar Gabriel: „Wir müssen raus ins Leben; da, wo es laut ist; da, wo es brodelt; da wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt.“ Nicht jeder Angehörige der von Gabriel ins Auge gefassten Zielgruppe der SPD wird diese Beschreibung des dortigen Umfelds als Kompliment empfunden haben.



senen Mündel wird in der öffentlichen Diskussion meist dadurch relativiert, dass bei der Bundestagswahl knapp 80 Prozent der Wähler keine populistischen Parteien am linken oder rechten Rand gewählt hätten. Doch die Protestwähler dürften einen größeren Einfluss auf die Politik nehmen als ihrer Zahl entspricht. Einige Entwicklungen sind schon abzusehen, über andere kann man spekulieren

Abzusehen ist, dass die SPD in der Opposition näher an die Linkspartei heranrücken wird. Die linken politischen Kräfte dürften nicht nur versuchen, die Protestwähler der AfD für sich zu gewinnen, sondern auch den linken Teil der Wähler der Grünen zu umwerben. Ziel dürfte sein, die Grundlage für eine rot-rot-grüne Regierung zu legen, die bei Neuwahlen nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen für eine „Jamaica-Koalition“ oder nach dem Platzen einer „Jamaica-Regierung“ die Geschäfte übernehmen würde. Für eine rot-rot-grüne Regierung auf mittlere Sicht spricht, dass die Führung von CDU und CSU aus der Wahl sehr geschwächt hervorgegangen ist und die AfD durch chaotische Auftritte im Bundestag bald ihre Anziehungskraft verlieren könnte.

Eine rot-rot-grüne Regierung dürfte den behütenden Wohlfahrtsstaat stärken und die liberale Wirtschaftsordnung schwächen. Das Ergebnis wäre wirtschaftlicher Niedergang. Dreimal wurde Deutschland in den letzten siebzig Jahren durch liberale Wirtschaftspolitik aus wirtschaftlichen Misereen herausgeführt: 1948 durch Ludwig Erhard, 1982 durch Otto Graf Lambsdorff und 2003 durch Gerhard Schröder. Eine rot-rot-grüne Regierung könnte den Boden für die vierte Rettungsaktion bereiten—oder die Tür für eine liberale Erneuerung für immer verschließen.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Thomas Mayer; *Redaktionsschluss* 6. Oktober 2017.